Apartheid in Frankreich?

Premierminister Manuel Valls übt harte Selbstkritik

Medard Ritzenhofen*

» Die *banlieue* ist das schlechte Gewissen Frankreichs. Was in der Nation schief läuft, potenziert sich in deren Vorstädten. Nach den islamistischen Terroranschlägen in Paris setzte Premierminister Manuel Valls auf dieses Negativimage noch eins drauf, als er am 20. Januar 2015 die *„territoriale, soziale und ethnische Apartheid“* in den urbanen Randgebieten anprangerte.

Apartheid en France?

Une phrase du premier ministre français en janvier (*« apartheid territorial, social et ethnique »*) a relancé le débat sur les banlieues et encore accru l'image négative des quartiers difficiles de la capitale – pour beaucoup un « électrochoc » qui cependant devrait être suivi de mesures concrètes.

Réd.

Apartheid – ist dieser Begriff nicht ebenso untrennbar wie ausschließlich mit Südafrika verbunden? Kein anderes Regime betrieb eine so brutale Politik der Rassentrennung in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wie der berüchtigte Burenstaat. Der schwarzen Bevölkerung wurden klar begrenzte Lebensräume zugewiesen. Gemischte Ehen waren verboten, die Menschen in Weiße, Farbige, Asiaten und Schwarze aufgeteilt. Die Weißen allein besaßen staatsbürgerliche Rechte. Erst 1991 wurde die Apartheid abgeschafft, womit der Weg frei wurde zu den ersten freien und gleichen Wahlen in Südafrika 1994, aus denen Nelson Mandela als erster schwarzer Präsident hervorging. Südafrika war der letzte Staat, der vom epochalen *wind of change* am Ende des Kalten Krieges erfasst wurde. Was aber hat dessen dunkelste Seite mit dem europäischen Mutterland der Menschenrechte zu tun, das schon 1789 für Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit eintrat?

Die bürgerliche Opposition jedenfalls zeigte sich empört, allen voran deren Chef, der ehemalige Staatspräsident Nicolas Sarkozy, der das Etikett der Apartheid in Bezug auf die Fünfte Republik Frankreichs dem Premierminister nicht durchgehen ließ. Dieser rechtfertigte seinen Vergleich damit, dass niemand den Mut habe, *„der Realität in Frankreich ins Gesicht zu sehen“*. Zudem habe er nicht gesagt, die Republik habe die Apartheid dem Land auferlegt, sondern *„eine Apartheid hat sich in unserem Land installiert“*.

Dass es Premierminister Valls weniger um eine differenzierte Analyse als um eine aufrüttelnde Provokation ging, ist offensichtlich. Indem er sich bei seinem Neujahrsempfang für die Presse des großkalibrigen Begriffs bediente, konnte er sicher sein, dass dieser auf gebührendes Echo stieß. Der „einen und unteilbaren“ Republik Apartheid zu bescheinigen, ist ein Affront gegenüber deren demokratischer Tradition. Allerdings ist es mit Frankreichs politischer Leitkultur republikanischer *Citoyenneté* auch nicht mehr so weit her. Dass sich in vielen französischen Vorstädten Ghettos gebildet haben, in denen nur noch Immigranten und deren Nachfahren aus Nord- und Schwarzafrika leben, ist der Öffentlichkeit längst bekannt. Auch im sachlichen *Banlieue*-Diskurs ist die *ghettoisation* seit geraumer Zeit ein gängiger Terminus. Indem Valls von *„territorialer, sozialer und ethnischer Apartheid“* sprach, nahm er gewissermaßen das gesamte politische System in Frankreich ins Visier. Ist der Begriff Apartheid doch nicht von der Repressionsmechanik zu trennen, auf der die Herrschaft der Weißen in Südafrika beruhte. Die-

* Medard Ritzenhofen ist freier Journalist.

se Selbstkritik des Regierungschef ist umso bemerkenswerter als die seit 2012 regierenden Sozialisten bislang selbst nicht durch eine ambitionierte Vorstadtpolitik aufgefallen sind.

Dabei kann man Frankreich nicht vorwerfen, die Augen vor seinen Problemvierteln, den sogenannten *cités*, verschlossen zu haben. Ganz im Gegenteil. Seit mehr als dreißig Jahren doktert die Nation an den berüchtigten *banlieues* herum. *„Am Problem der Vorstädte hängen alle anderen Probleme"*, befand schon Staatspräsident François Mitterrand in den 1980er-Jahren. Nachdem Kommissionen und interministerielle Delegationen nicht viel bewirkt hatten, wurde 1990 ein Ministerium für den Städtebau mit beachtlichem Budget ins Leben gerufen. Überhaupt ließ es die Republik nicht an finanziellen Aufwendungen fehlen. Die schlimmsten Betonwüsten wurden saniert, Scharen von Sozialarbeitern vor Ort eingesetzt, sogar ein Marschall-Plan für die Vorstädte trat in Kraft. Manches wurde kuriert, wirklich beizukommen war dem *„mal des banlieues"* aber nicht. Noch immer bilden zahlreiche *cités* die sozialen Brennpunkte der Republik.

Nach wie vor gilt die Diagnose des bekannten Soziologen Alain Touraine, der zu Beginn der 1990er-Jahre befand, dass neben den traditionellen vertikalen Aufbau der Gesellschaft eine horizontale Differenz getreten sei. Nicht mehr gehe es nur noch darum, ob man auf der sozialen Skala oben oder unten stehe, sondern in ungleich elementarerer Weise, ob man sich inner- oder außerhalb der Gesellschaft befände. Nirgendwo tritt das Scheitern der französischen Integrationspolitik so offen zu Tage wie in der *banlieue*. Ethnische Konzentration, extreme Jugendarbeitslosigkeit, existentielle Perspektivlosigkeit, islamistische Radikalisierung ... – in den *cités* kommt ein Übel zum anderem, verstärkt ein Defekt den nächsten.

Die Realität des Landes

In sehr vielen friedlichen Vorstädten lässt gut leben. Sowohl die Literatur als auch das Kino haben seit langem mit der *banlieue* ihren inspirierenden Schauplatz gefunden. Dennoch: Das kulturelle Potential der *banlieue* kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass in manchen Vorstädten von Paris, Lyon, Marseille oder auch Straßburg die Republik auf der Strecke bleibt. Es sind diese *cités* mit ihren ethnischen Ghettos, in denen sich Frankreich nicht mehr wiedererkennt. Die Gründe für eine lange Fehlentwicklung liegen dabei nicht allein bei der Politik oder der etablierten Gesellschaft. Kriminalität und Vandalismus, Radikalisierung oder Defätismus seitens der männlichen Heranwachsenden tragen das ihre zu der vielfältigen Problemlage der Vorstädte bei. Auch in dieser Hinsicht ist nicht alles auf die Mängel der Bildungspolitik zurückzuführen, sondern nimmt vieles mit mangelnder Integrationsbereitschaft ihren Lauf.

Ein ganz anderes Bild ergeben dagegen die zahllosen Karrieren, die Franzosen mit Immigrationshintergrund aus den Vorstädten heraus gemacht haben. Auch sind diese zu häufig, um sie als die die negative Regel bestätigende Ausnahmen kleinzureden.

Die französische Republik, die ein so ausgeprägtes republikanisches Ethos kultiviert, muss sich an den eigenen hohen politischen Maßstäben messen lassen. Wer von einer multikulturellen Gesellschaft immer noch nichts wissen will und an der Integration *à la française* festhält, muss das *vivre-ensemble* im Rahmen republikanischen Geistes auch organisieren. *Egalité* ist ein hohes Gut, Diskriminierung die allzu oft erfahrene Realität. Schulabgänger, die aus dem verrufenen Departement Seine-Saint-Denis im Norden von Paris kommen und einen Arbeitsplatz suchen, können ein Lied davon singen. Eine Gesellschaft, die ihre explosiven Problemviertel mit euphemistischer Nonchalance *quartiers sensibles* nennt, muss sich auch gefallen lassen, „die Realität des Landes" mit aller Härte vor Augen geführt zu bekommen. Nichts anderes war selbstredend die Absicht von Manuel Valls, als er sagte, man solle die Realität des Landes betrachten, es gebe *„eine territoriale, soziale, ethnische Apartheid"*, die sich in Frankreich etabliert hätte.

Dem verbalen „Elektroschock" (so die Zeitung *Libération*) müssen aber auch konkrete Maßnahmen folgen. Die Regierung steht nach den harten Worten ihres Premierministers mehr denn je in der Pflicht. Alles was auch nur entfernt an Apartheid denken lässt, darf in Frankreich keinen Platz haben.